

# Tabak-Arbeiter

Nr. 37 / Bremen, den 14. Septbr. 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40  $\frac{1}{2}$  ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerlei und Verlagsanstalt J. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telefon: Am Domsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postcheck 5349 beim Postcheckamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsauschüßvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Bejenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

## Neue Unfallverhütungsvorschriften in Sicht

Die Tabak-Berufsgenossenschaft hat ihre Mitglieder zur diesjährigen ordentlichen Genossenschaftsversammlung zum 17. September nach Hamburg eingeladen. Neben anderem soll dort auch unter Hinzuziehung von Versichertenvertretern über neue Unfallverhütungsvorschriften beraten und beschlossen werden. Der vorliegende Entwurf, der 51 Paragraphen enthält, umgrenzt zunächst die allgemeinen Pflichten der Betriebsunternehmer und Versicherten und läßt dann die allgemeinen Betriebsvorschriften mit ihren Unterabteilungen „Betriebsanlage und Betriebsführung“ sowie „Erste Hilfe und Verhalten bei Unfällen“ folgen. Außerdem sind in einer Anlage noch besondere Vorschriften für Sondergruppen von Arbeitsmaschinen für Tabakverarbeitung (Reißmaschinen, Schneidemaschinen, Zigarettenmaschinen, Röst-, Kühl-, Sieb- und Milchmaschinen, Rippenmälzen, Zerkleinerungsmaschinen, Paketiermaschinen und Schneidemaschinen mit Messerschwingrad) enthalten. Dazu kommen Unfallverhütungsvorschriften für verschiedene Nebengruppen, die mit der Tabakverarbeitung zusammenhängen.

Es würde den Rahmen eines Zeitungsartikels weit überschreiten, wollten wir auch nur andeutungsweise über den Inhalt jedes einzelnen Paragraphen Mitteilung machen. Wir müssen uns deshalb auf die Besprechung derjenigen Bestimmungen beschränken, die änderungsbedürftig sind, ohne damit den Entschlüssen der Versichertenvertreter vorzugreifen oder sie in irgendeiner Form festzulegen. Von vornherein sei auch betont, daß uns nichts fern liegt, als nun an jedem einzelnen Paragraphen herumzuzüngeln, nur um zu kritisieren. Uns kommt es darauf an, daß Leben und Gesundheit der Versicherten in der weitgehendsten Weise geschützt werden. Aus diesem Grunde erwarten wir, daß die von den Versichertenvertretern und von uns zu machenden Vorschläge und Einwendungen sowie die Anregungen, die der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes der Tabak-Berufsgenossenschaft unterbreitet hat und die sich sinngemäß mit unseren Ausführungen decken, bei der endgültigen Formulierung der Unfallverhütungsvorschriften die genügende Berücksichtigung finden.

Bei einer Prüfung der einzelnen Bestimmungen fällt sofort auf, daß nach § 2 unbeschadet der Rechte und Pflichten, die der gesetzlichen Betriebsvertretung auf dem Gebiete der Unfallverhütung zugewiesen sind, von den Arbeitnehmern des einzelnen Betriebes noch mehrere Vertrauenspersonen gewählt werden sollen, denen die Aufgabe zugebracht ist, sich von dem Vorhandensein und der ordnungsmäßigen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorschriften fortlaufend zu überzeugen, auf die Abstellung etwaiger Mängel zu dringen und das Interesse ihrer Arbeitsgenossen für den Schutz gegen Unfallgefahren zu wecken. Wenn dieser Vorschlag nicht der Abneigung bestimmter Unternehmerkreise gegen das Betriebsrätegesetz entsprungen ist, dann wissen wir wirklich nicht, was die gewählten Vertrauenspersonen für einen Zweck haben können, denn alles, was ihnen an Pflichten übertragen werden soll, gehört in den Aufgabenkreis der gesetzlichen Betriebsvertretungen. Das Bestehen zweier Körperschaften mit gleichen Aufgaben in einem Betriebe muß zwangsläufig zu Kompetenzstreitigkeiten führen, ganz abgesehen davon, daß jede der beiden Körperschaften dann sehr leicht in der Lage sein würde, für etwaige Versäumnisse die andere verantwortlich zu machen. Deshalb sollte man der Betriebsvertretung, die gesetzlich dazu berufen ist, es allein überlassen, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten.

Nun zu etwas anderem. § 6 des Entwurfs schreibt vor, daß gefährliche Arbeiten nur solchen geeigneten Personen über-

tragen werden dürfen, denen die damit verbundene Gefahr bekannt ist, wobei die Arbeiter auf die mit ihrer Beschäftigung verbundenen Gefahren hingewiesen werden sollen. So gut diese Bestimmung gemeint sein mag, so unvollkommen ist sie. Auf alle Fälle müßte dabei ausgesprochen werden, daß es verboten ist, bei gefährlichen Arbeiten Personen unter 20 Jahren zu beschäftigen. Sollte sich einmal ausnahmsweise ihre Verwendung bei solchen Arbeiten nicht vermeiden lassen, dann dürfte das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß ein erwachsener Facharbeiter dauernd räumlich und sachlich mit dabei ist. Andernfalls wäre die Uebertragung von gefährlichen Arbeiten an Personen unter 20 Jahren überhaupt zu verbieten.

An das Brandunglück in der Berliner Zigarettenfabrik „Benesti“ am 24. August 1925 erinnert der § 29 des Entwurfs, der von der Aufbewahrung und Behandlung feuergefährlicher, explosibler, giftiger und ätzender Stoffe handelt. Bekanntlich war damals Benzin, das zum Reinigen von Zigarettenmaschinen Verwendung gefunden hatte, in den Abort geschüttet worden, worauf später eine Explosion erfolgte, die zwei Arbeiterinnen das Leben kostete und weitere zwei Arbeiterinnen mehr und minder stark verletzte. Um die Wiederholung eines solchen oder ähnlichen Unglücks nach Möglichkeit zu verhindern, müßte in den Unfallverhütungsvorschriften angeordnet werden, wo Reste und Abfälle solcher Stoffe abzuliefern oder zu vernichten sind, ohne dabei Versicherte zu gefährden.

Die im § 46 vorgesehene Verpflichtung, in Betrieben mit 50 und mehr Arbeitern ein Verbandsbuch zu führen, möchten wir auf alle Betriebe ausgedehnt wissen. Aus diesem Verbandsbuch soll für jede verletzte im Betriebe beschäftigte Person, die sich verbinden läßt oder für die Verbandszeug entnommen wird, das Veranlaßte, Tag, Stunde und Ursache der Verletzung sowie etwaige Zeugen ersichtlich sein. Wir glauben, daß unsere Forderung schon deshalb nicht unbillig ist, weil ihre Erfüllung nur geringe Kosten verursachen würde. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, müßten wir sie vertreten, damit auch in kleineren Betrieben die Möglichkeit geschaffen wird, etwaige Unfallfolgen, die sich erst später bemerkbar machen, schnell auf ihre Ursachen zurückzuführen zu können.

Außerdem sind in dem Entwurf noch mehrere Vorschriften enthalten, für die unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen zugelassen sind oder deren Befolgung bis zu einem bestimmten Grade von der Einstellung des jeweiligen Unternehmers oder Genossenschaftsvorstandes abhängig ist. Wir denken dabei — um nur einige Beispiele anzuführen — zunächst an den § 2, worin es heißt, daß der Unternehmer „auf Wunsch“ der gesetzlichen Betriebsvertretung das Revisionsprotokoll des technischen Aufsichtsbeamten oder eine Abschrift desselben zur Kenntnis zu geben hat. Warum nur auf Wunsch und warum die Bestimmung, daß der Genossenschaftsverband entscheidet, sofern der Unternehmer gegen die Vorlegung des Revisionsprotokolls Bedenken geltend macht? Wenn nicht die Meinung aufkommen soll, daß es hier etwas zu verheimlichen oder zu vertuschen gibt, müßte der Unternehmer verpflichtet werden, der Betriebsvertretung das Revisionsprotokoll unter allen Umständen vorzulegen.

Auch die Worte „soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten“ im § 9 mit der Vorschrift, daß schlüpfrige und glatte Stellen abzustumpfen sind, gefallen uns nicht. Ebenjowenig im § 10 (der das Sperren der Verkehrswege durch Anhäufung oder Beförderung von Gegenständen verbietet) die Worte „soweit es nicht durch die Betriebsweise vorübergehend nötig ist.“ Ferner gibt die Bestimmung im § 19, die es erlaubt, daß Sicherheitseinrich-

zungen nur in unabwiesbaren Notfällen und nur für die Dauer dieses Ausnahmestandes entfernt werden dürfen, zu Bedenken Anlaß; daselbe trifft auf den § 43 zu, wonach „möglichst“ in jedem Betriebe die nötigen Personen für die erste Hilfeleistung vorhanden sein sollen. Alle von uns soeben angeführten Bestimmungen und ähnliche, die jeder nach seinem Belieben auslegen und deuten kann, müßten eine Formulierung erhalten, die es nachlässigen Unternehmern unmöglich macht, sich bei einem Verstoß gegen Unfallverhütungsvorschriften auf deren kaufschukartigen Wortlaut berufen zu können.

Unvollkommen ist außerdem noch § 51, der dem Vorstand der Tabak-Berufsgenossenschaft das Recht einräumt, auf Antrag des Betriebsunternehmers Abweichungen von den Vorschriften widerruflich zu genehmigen oder die Frist für Änderungen, die auf Grund der neuen Vorschriften zu treffen sind, zu verlängern. Hier müßte die Bestimmung eingefügt werden, daß vor der Entscheidung des Genossenschaftsvorstandes eine Meinungsäußerung der in Betracht kommenden gesetzlichen Betriebsvertretung einzuholen ist. Sollte keine Betriebsvertretung vorhanden sein, dann dürfte der Genossenschaftsvorstand nur unter Hinzuziehung von Versichertenvertretern entscheiden. Zum Schluß erscheint es uns noch notwendig, daß im § 51 ebenso wie für neue Maschinen auch für alte Maschinen ein Termin vorgeschrieben wird, bis zu dem etwaige Änderungen, die auf Grund der neuen Unfallverhütungsvorschriften erforderlich sind, vorgenommen sein müssen.

Das ist im großen und ganzen das, was wir an dem Entwurf der Tabak-Berufsgenossenschaft auszusetzen haben. Unser Wunsch ist nun, daß am 17. September in Hamburg Unfall- und Krankheitsverhütungsvorschriften geschaffen werden, die nach jeder Richtung brauchbar und zufriedenstellend sind und daß darüber hinaus Betriebsunternehmer und Versicherte alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Unfälle in der Tabakindustrie auf ein Minimum herabzudrücken.

## Gustav Stolpers Tabakmonopolvorschlag

Den Ausführungen Gustav Stolpers, die wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ wiedergegeben haben, lassen wir weitere Veröffentlichungen desselben Verfassers folgen, die sich mit der gleichen Sache beschäftigen. Auch hier gilt, was schon in Nr. 36 dieses Blattes gesagt wurde, daß wir uns die Ausführungen Gustav Stolpers mit deren Wiedergabe nicht zu eigen machen. Nun hat Gustav Stolper das Wort:

### Warum Monopol?

Auf die historisch-politischen Gründe dieser krassen Differenzierung brauchen wir hier nicht einzugehen. Wichtig ist für unsern Zusammenhang nur eine doppelte Feststellung:

1. Ein Uebergang zum englischen System würde in Deutschland, wenn jene Differenzierung beibehalten und ein dem englischen ähnlicher Ertrag erzielt werden soll, wesentlich höhere Zollsätze erfordern als in England. Oder Zigarre und Rauchtobak müßten auf ihre Begünstigung verzichten, also die gleiche Belastung auf sich nehmen wie die Zigarette: Das wäre offenbar das Ende großer Teile des deutschen Zigarrengewerbes, denn es müßte — ähnlich wie in England — die Zigarre zugunsten der Zigarette verdrängen. Und diesem Prozeß würden natürlich zuerst die Kleinen und Schwachen zum Opfer fallen. Die Last müßte ferner, da Deutschland zum Unterschied von England einen nicht unbeträchtlichen Tabakbau besitzt, in der Form einer Rohstoffsteuer auch den Tabakbauern auferlegt werden. Sie würde schließlich im vollen Ausmaß als Mehrbelastung des Konsums sich auswirken müssen. Damit wären alle politischen Widerstände mobilisiert, die sich gegen jede Verbrauchssteuererhöhung um große Summen mobilisieren lassen. Und um welche Summen es sich dabei handelt und handeln muß, zeigen die Rechenbeispiele, die England und Oesterreich liefern, weil — wie die Begründung unseres Finanzplans gezeigt hat — Deutschland jeden erreichbaren Pfennig harmloser Konsumbelastung braucht, um seinen Kapitalfonds aufzufüllen und die Einkommenbildung der ärmsten Volksschichten zu fördern. Dabei ließe der Uebergang zum englischen System das absurde und kostspielige Chaos im deutschen Hand-Apparat bestehen. — Daß das englische System in Deutschland unanwendbar ist, weil es die Struktur des Tabakgewerbes umwälzen würde, ohne daß die Härten dieser Umwälzung — wie beim Monopol — vom Staat gemildert werden können, ändert nichts an seinen grundsätzlichen Vorzügen: Es ist elastisch, gerecht und ergiebig. Stünde Deutschland heute vor der Aufgabe, den Tabak überhaupt erst zur Finanzquelle zu machen, so wäre das englische System zu wählen. Aber die Steuerpolitik jedes Landes muß mit gegebenen Tatsachen rechnen, sie ist in ihren Entschlüssen nicht frei.

2. Ein Ausbau des deutschen Systems in erheblichem Umfang ist nicht mehr möglich. Die Zigarette ist der Grenze ihrer steuerlichen Belastung schon sehr nahe, und die Zigarre im privatwirtschaftlichen

System verträgt wegen der besonderen Struktur des deutschen Zigarrengewerbes keine nennenswerte Mehrbelastung, weil sie zahlreiche Existenzen zugrunde richten würde, die der Steuerfiskus nicht stützen kann. Das Zigarrengewerbe kann bei seiner besonderen Struktur eine generelle Preiserhöhung nicht durchsetzen, weil Tausende von konkurrierenden schwachen Händen einander daran hindern, aber sie können die Steuer auch nicht tragen, weil die Verdienste der Erzeuger zu klein sind: So würde jede Steuererhöhung beträchtlichen Ausmaßes nur zum Anstoß eines beschleunigten Konzentrationsprozesses werden, zur Vernichtung tausender schwacher Existenzen führen. Die Steuer, nicht das Monopol — wie wir es vorschlagen — ist die Lebensgefahr der Schwachen. Da überdies jede relative Mehrbelastung der Zigarre — ohne die, wie wir gesehen haben, finanziell überhaupt nichts Beträchtliches gewonnen ist — die Abwanderung der Raucher zur Zigarette erzwingen würde, wäre der politischen Agitation das Stichwort gegeben: Die Finanzpolitik des Staates richte Tausende von kleinen und mittleren Existenzen zugrunde, um zwei Großkonzerne, bei denen heute über 80 Prozent der deutschen Zigaretterzeugung konzentriert sind, noch größer und reicher zu machen. Auch dann noch bliebe der volkswirtschaftliche Unfug eines Handelsapparates bestehen, der seit Jahren als Musterbeispiel unproduktiver Arbeit gelehrt wird, der sich aber trotzdem alljährlich um Zehntausende neuer Betriebe vergrößert.

Man sieht: Weder der eine noch der andere Weg führt zum Ziel. Es bleibt deshalb allein der dritte offen: Das Monopol. Der Monopolplan an sich ist natürlich nicht unsere Erfindung. Er steht in Deutschland seit Jahrzehnten zur Diskussion. Er ist 1882 — unter Bismarck — von den verbündeten Regierungen und 1924 vom Dawes-Komitee aufgegriffen worden. Das Dawes-Gutachten schlägt freilich nur ein Verkaufsmonopol vor. Das Reich soll die Errichtung von Tabakfabriken und Handelsgeschäften konzessionspflichtig machen, bei dieser Gelegenheit die unwirtschaftlichen Betriebe schließen, die Fabriken zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse an das Reich verpflichten und die Erzeugnisse durch die konzessionsierten Kleinhändler gegen eine Kommissionsgebühr vertreiben lassen. Von einem vollständigen Tabakmonopol hat der Dawes-Plan „wegen der damit verbundenen unmittelbaren großen Ausgabe und der in der Wirtschaft eintretenden Verwirrung“ abgesehen. Tatsächlich ist ein bloßes Handelsmonopol kaum diskutabel. Denn es würde das ganze Tabakerzeugungsgewerbe der Willkür der Monopolverwaltung preisgeben und damit gerade das vernichten, was am privatwirtschaftlichen System wertvoll ist: Initiative und Arbeitsfreude des freien Unternehmers. Im übrigen aber verfällt das Dawes-Gutachten in denselben Irrtum wie die ganze landläufige Diskussion des Tabakmonopols, daß die Frage der Ablösung der bestehenden Fabriken eine nennenswerte oder gar unüberwindliche Schwierigkeit bietet.

### Die Aufgaben des Monopols

Der Monopolplan, den wir in Nr. 40 bereits skizziert und den wir hier ausführlicher zu begründen haben, setzt sich folgende Aufgaben:

1. Das Monopol soll ein Maximum an Ertrag ohne fühlbare Mehrbelastung des Rauchers liefern. Der Mehrertrag, den wir für den Anfang vom Monopol fordern, beträgt rund 600 bis 700 Millionen Reichsmark.

2. Das Monopol soll sich die Unternehmer-Initiative des heutigen Tabakgewerbes dienstbar machen.

3. Das Monopol soll niemanden, der als Tabakbauer, Tabakarbeiter oder hauptberuflicher Tabakhändler mit dem Tabakgewerbe in Verbindung steht, künftig schlechter stellen, als er heute gestellt ist. Für große Teile dieser Kreise soll das Monopol im Gegenteil eine Besserstellung bringen.

4. Das Monopol soll die chaotischen Verhältnisse im bestehenden Hand-Apparat beseitigen und so ein überflüssiges und nur durch das Monopol ohne unerträgliche Härte erreichbares Stück volkswirtschaftlicher Rationalisierung erzielen.

5. Das Monopol soll den Staat mit keiner unmittelbaren oder gar unlösbaren Kapitalfrage für Ablösungen und dergleichen belasten.

6. Das Monopol soll das Anleiheproblem des von schwebenden Schulden bedrückten Reiches lösen.

Sehen wir zu, wie weit unser Plan den ihm gesetzten Aufgaben gerecht wird.

## Die Lebenshaltungskosten im August

Die Reichsindexzahl für die Lebenshaltung, wie Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen Bedarf, beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats August auf 154,0 gegen 154,4 im Vormonat. Sie ist somit um 0,3 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf das saisonmäßig bedingte Nachgeben der Preise für Kartoffeln und Gemüse zurückzuführen. Die Indexzahlen für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 155,0, für Wohnung 128,2, für Heizung und Beleuchtung 149,7, für Bekleidung 171,9, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 192,0.





# Verbandsleben



## Jahresbericht 1928

In der Vorkriegszeit war es üblich, alljährlich einen Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes herauszugeben. Krieg und Inflation sowie ihre Auswirkungen zwangen später dazu, von dieser Art der Berichterstattung abzugehen und an deren Stelle Berichte über längere Zeiträume (von einem Verbandstag zum anderen) treten zu lassen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß auf dem Münchener Verbandstage im vorigen Jahre das Versprechen gegeben werden konnte, wieder alljährlich einen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes zu geben.

Den in München gesprochenen Worten ist nun die Tat gefolgt: der erste Jahresbericht der Nachkriegszeit liegt vor. Er behandelt in übersichtlicher Weise und unter Benutzung reichhaltiger Zahlenangaben die Tätigkeit des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes im Jahre 1928. Wir müssen es uns natürlich versagen, an dieser Stelle, wenn auch nur auszugsweise, den Jahresbericht wiederzugeben. Hier kann es sich nur darum handeln, seinen Inhalt kurz anzudeuten und aufzufordern, den Bericht eingehend zu studieren und das dort gebotene Material sowohl im Kampf um die Hebung der Lage der Tabakarbeiter, wie auch bei der Werbung neuer Mitglieder und der finanziellen Stärkung des Verbandes, nutzbringend zu verwerten.

Der Bericht beginnt mit einer Darstellung der personellen Veränderungen, die innerhalb der Verbandskörperschaften im Jahre 1928 eingetreten sind. Ihr folgt eine eindrucksvolle Würdigung der fünfzigsten Wiederkehr des Tages (23. Oktober), an dem im Jahre 1878 der Deutsche Tabakarbeiter-Verein auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst wurde. Daß diese Auflösung und andere Schikanen der Behörden und Unternehmer die Organisationsbestrebungen der Tabakarbeiter wohl stören aber nicht dauernd unterbinden konnten, beweist die weitere Entwicklung unserer Organisation und nicht zuletzt der Jahresbericht 1928. Auf allen Gebieten der Verbandstätigkeit kann er mit Erfolgen aufwarten. Neben den erzielten Verbesserungen und abgewehrten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Zweigen der Tabakindustrie gelang es, wie in besonderen Abschnitten dargelegt wird, die Mitgliederzahl zu steigern und die Beitragsleistung günstiger zu gestalten. Hand in Hand damit ging eine innere Festigung des Verbandes, die nicht zuletzt auf die Verwaltungsstellen zurückzuführen ist. Das alles zu einer Zeit, wo die allgemeine Beschäftigungsmöglichkeit in der Tabakindustrie wirklich nicht als günstig bezeichnet werden konnte. Es versteht sich von selbst, daß die Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie im Bericht eine besonders eingehende Behandlung erfährt, denn schließlich wird die Tätigkeit des Verbandes von der jeweiligen Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter doch außerordentlich stark beeinflusst. Daß der Verband im übrigen alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht verelenden zu lassen, beweist der Abschnitt über die Krisenunterstützung.

Den größten Teil des Jahresberichtes nehmen selbstverständlich die Lohn- und Tarifbewegungen ein, deren Ergebnisse durch verschiedene Zusammenstellungen statistischer Art besonders deutlich in die Erscheinung treten. Aber auch über die Rechtsschutzfähigkeit des Verbandes gibt der Bericht Aufschluß. Ebenso finden die für die Bildung der Mitglieder unternommenen Schritte dort ihren Widerhall. Außerdem verschafft der Bericht noch Aufklärung über das Wirken des Verbandsbeirats und des Internationalen Tabakarbeiter-Verbandes. Den Abschluß bilden, abgesehen von dem Kapitel „Bureauhäuser“, wichtige Verbandsadressen und die Abrechnung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes über das Jahr 1928, die den allgemeinen Kassensbericht wirkungsvoll ergänzt und über die Finanzgebarung der einzelnen Zahlstellen unterrichtet. Ein kurzes Inhaltsverzeichnis erleichtert das Auffinden der einzelnen Abschnitte, so daß, alles in allem genommen, der Jahresbericht 1928 es wohl verdient, innerhalb der Mitgliedschaft die nötige Beachtung zu finden. Möge er dazu beitragen, der Erkenntnis von der Notwendigkeit des gemerkchaftlichen Zusammenschlusses weitere Gebiete zu erschließen.

## Konferenz- und Versammlungsberichte

### Konferenz des Gaues Nordhausen

Am 1. September fand in Nordhausen eine Konferenz des Gaues Nordhausen statt. Gauleiter Kollege Schmidt begrüßte die Konferenz und gedachte der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder, zu deren Ehren sich die Delegierten von ihren Plätzen erhoben. Nach erfolgter Bürowahl erhielt der Kollege Husung das Wort zu seinem Referat über die Entwicklung der Tabakindustrie. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß der jüngste Zweig der Tabakindustrie, die Zigarettenbranche, eine ungeahnte Entwicklung genommen hat, sowohl hinsichtlich der Steigerung der Produktion wie auch der Zusammenfassung der Firmen in Konzernen. Nach der Ende des Jahres 1928 aufgenommenen Tarifstatistik unseres Verbandes werden zurzeit in den Betrieben der beiden Konzerne Keemtsma und Haus Neuerburg rund 77 v. H. aller Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt. Da diese Betriebe mit den besten und modernsten Maschinen versehen sind, darf angenommen werden, daß ihr Anteil an der Produktion im Verhältnis eher größer als geringer ist. Beide Konzerne, die in einem freundschaftlichen Verhältnis zusammenstehen, nehmen bereits heute eine Monopolstellung in der Zigarettenbranche ein, die sich in absehbarer Zeit sicher noch weiter ausdehnen dürfte. Die Schnupstafelfabrikation ist in einer rückläufigen Entwicklung begriffen, was aus den versteuerten Schnupstafelmengen sowie aus dem Rückgang der beschäftigten Arbeiter ersichtlich ist. Trotzdem ist es auch in dieser Branche gelungen, die Arbeitsleistungen durch technische Verbesserungen zu erhöhen. Die Rauchtabakbranche dagegen entwickelte sich in der Nachkriegszeit außerordentlich günstig. Die Zahl der 1921 durch die Tabak-Berufsgenossenschaft ermittelten Vollarbeiter (1 Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstage) hatte sich gegenüber 1913 verdoppelt. 1924 erreichte die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter den Höchststand mit 8899 Vollarbeitern. Obwohl die Zahl der Vollarbeiter 1927 auf 5893 zurückgegangen ist, stieg in der gleichen Zeit die Herstellung von Rauchtabakerzeugnissen ganz erheblich infolge der besseren technischen Einrichtung der Betriebe. Die Arbeitsleistung je Vollarbeiter konnte von 1924 bis 1927 um rund 85 v. H. gesteigert werden. Infolge der Technisierung steigt der Anteil der Großbetriebe an der Produktion laufend. Eine Konzentration im erheblichen Umfange ist festzustellen.

Die Rauchtabakbranche zeigt, soweit die durch die Tabak-Berufsgenossenschaft ermittelten Vollarbeiterzahlen ergeben, eine rückläufige Entwicklung. Nach der Menge der versteuerten und in den Handel übergegangenen Rauchtabakfabrikate kann von einem Rückgang des Verbrauches jedoch nicht ohne weiteres geredet werden. Zugegeben werden soll, daß die Stückzahl der versteuerten und in den Handel übergegangenen Fabrikate bestimmten Schwankungen ausgesetzt war. Nach der amtlichen Tabaksteuerstatistik wurden versteuert im Etatjahr 1921 260 378 000 Stück, im Etatjahr 1924 247 427 000 Stück, im Etatjahr 1925 259 618 000 Stück, im Etatjahr 1926 266 868 000 Stück, im Etatjahr 1927 252 000 000 Stück und im Etatjahr 1928 231 461 000 Stück Rauchtabak. 1926 wurden rund 6½ Millionen Stück Rauchtabak mehr versteuert als 1921. Dagegen weisen die vorläufigen Zahlen von 1928, die sicher noch eine Berichtigung erfahren werden, einen Rückgang gegenüber 1926 von 35 400 000 Stück auf, das entspricht einem Rückgang von rund 15 v. H. Weil jedoch in der gleichen Zeit die versteuerten Tabakstücke erheblich vergrößert wurden dadurch, daß an Stelle der bis dahin üblichen 15-3-Rolle die 20-3-Rolle trat, dürfte die 1928 versteuerte Rauchtabakmenge, nach dem Gewicht errechnet, sicher nicht geringer sein als die 1926 bzw. 1921 versteuerte Menge Rauchtabak. Vergleichen wir die Zahl der 1924 beschäftigten Vollarbeiter und der 1927 festgestellten mit den in den Etatsjahren 1924 und 1927 versteuerten Rauchtabakmengen, dann ergibt sich eine Steigerung der Arbeitsleistung pro Vollarbeiter um rund 21 v. H., wobei nicht mitgerechnet ist die Steigerung, die sich aus der Vergrößerung der Tabakstücke selbst ergibt. Auch in der Rauchtabakbranche ist eine Konzentration der Produktion vor sich gegangen. Nach dem Zusammenschluß von 8 Nordhäuser Firmen zu einer A.-G. wird die Fabrikation in Nordhausen fast reiflos von 2 großen Firmen besprochen. Außerhalb Nordhausens ist die Rauchtabakfabrikation, abgesehen von einigen größeren Betrieben, bedeutungslos.

Eingehend behandelte Redner dann die Entwicklung der Zigarettenbranche. Vor Ausbruch des Krieges nahm die Zigarettenfabrikation der Menge und dem Werte nach den ersten Platz in der Tabakindustrie ein. Die Entwicklung der Nachkriegszeit, insbesondere der letzten Jahre, zeigt jedoch, daß die Zigarettenbranche nicht erfolglos versucht, der Zigarettenbranche diesen Platz streitig zu machen. Die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter ist seit 1913 erheblich zurückgegangen. Die niedrige Zahl, die als Folge der 1925 erfolgten Tabakzollerhöhung zu werten ist, wurde 1926 ermittelt. Ein entgegengesetztes Bild der Entwicklung zeigt die Menge der versteuerten und in den Handel übergegangenen Zigarettenfabrikate. Während 1924 durch die Tabak-Berufsgenossenschaft 111 172 Vollarbeiter in der Zigarettenbranche ermittelt

wurden, ging dieselbe 1926 auf 85 593 zurück, um dann 1927 wieder auf 103 353 zu steigen. Dagegen wurden nach der amtlichen Steuerstatistik in den Etatsjahren 1924 5 489 196 Mille, 1926 5 897 407 Mille und 1927 6 634 594 Mille Zigarren versteuert bzw. in den Handel überführt. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß der Konsum an Zigarren seit 1924 der Menge nach ständig gestiegen ist. Auch dem Werte nach trat eine ständige Steigerung der versteuerten Zigarren ein. Die Mengensteigerung betrug 1927 gegenüber 1924 rund 20 v. H. Auffallend ist, daß die Einwirkung der Zollerhöhung vom Jahre 1926, die zur Folge hatte, daß 15 669 Vollarbeiter 1926 weniger beschäftigt wurden als 1925 und 25 579 Vollarbeiter weniger als 1924, beim Verbrauch der Zigarren nicht zum Ausdruck kommt. Die Ursache dafür dürfte auf die bestehenden Steuerläger zurückzuführen sein, die es deren Besitzern ermöglichen, beliebige Mengen von Zigarren unversteuert auf Lager zu nehmen, um sie dann zu einer für sie günstigen Zeit auf den Markt zu werfen. Soll eine geregelte Produktion in der Zigarrenbranche erfolgen, die sich dem wirklichen Verbrauch anpaßt, dann müssen die Steuerläger beseitigt werden. Die Zigarrenbranche, die von den maßgebenden Zigarrenherstellern gern als eine solche bezeichnet wird, in der die Kleinfabrikanten vorherrschen, steht in Wirklichkeit ganz anders aus. Nach unserer Tarifstatistik betrug die Zahl der Firmen, die mehr als 500 Arbeiter beschäftigten, 1924 = 29 oder 0,8 v. H., 1926 = 35 oder 1,43 v. H. und 1928 = 46 oder 1,93 v. H. Die Zahl der Arbeiter, die diese Firmen beschäftigten, betrug 1924 28 234 oder 23,8 v. H. aller ermittelten Arbeiter, 1926 35 801 oder 31,54 v. H. aller ermittelten Arbeiter, und 1928 54 600 oder 39,40 v. H. aller ermittelten Arbeiter. So stellt sich bei genauer Betrachtung heraus, daß auch in der Zigarrenfabrikation die Konzentrierung erhebliche Fortschritte gemacht hat und erreicht wird, so daß in verhältnismäßig kurzer Zeit der Zustand erweitert sein dürfte, wo diese Fabrikantengruppe die Mehrzahl der in der Zigarrenbranche tätigen Arbeiter beschäftigt. Uebergehend auf die seit dem Herbst vorigen Jahres vorhandene Arbeitslosigkeit, wies Redner darauf hin, daß auch diese nur im geringen Umfang auf den Rückgang des Zigarrenkonsums zurückgeführt werden könnte. Die Ursache derselben ist vielmehr auf eine bestimmte Umgruppierung in der Zigarrenherstellung zurückzuführen, die zum Ziele hat, kleinere Filialbetriebe abzustößen und an deren Stelle größere aufzunehmen, wodurch langfristig beschäftigte Arbeiter aus der Branche verdrängt und neue Arbeitskräfte in anderen Gebieten aufgenommen werden. Auch auf diesem Gebiete ist eine Konzentration unverkennbar.

Zum Schluß seiner Ausführung ging Redner auf die Entwicklung des Verbandes hinsichtlich der Mitgliederzahlen sowie des inneren Ausbaues ein und bemerkte, daß angesichts der gezeichneten Entwicklung in der Tabakindustrie die Tabakarbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen nur wahren und vertreten können durch den Zusammenschluß im Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Durch unermüdlige Werbearbeit müsse der letzte Tabakarbeiter und die letzte Tabakarbeiterin für unseren Verband gewonnen werden. Nur so wird ein Ausgleich der Machtverhältnisse zwischen den Tabakfabrikanten und den Tabakarbeitern geschaffen werden können. Die sich anschließende Aussprache war eine lebhafteste. Im Interesse des Verbandes und der Arbeiter wurden mehrere Wünsche geäußert. Kollege H u s u n g ging in seinem Schlußwort auf die geäußerten Wünsche ein und schaffte verschiedene Mißverständnisse aus dem Wege.

Ueber unsere Werbearbeit referierte der Kollege Hermann Schmidt (Nordhausen). Redner besprach eingehend die Mitgliederbewegung im Gau. Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und andere Einwirkungen ist die Mitgliederzunahme nicht in der gewünschten Weise eingetreten. Es ist deshalb notwendig, uns mit den Maßnahmen zu befassen, die geeignet sind, die Mitgliederzahl zu steigern. Kollege Schmidt empfahl eine Gauwerbewoche vom 20. bis 27. Oktober stattfinden zu lassen. Dieser Vorschlag wurde nach kurzer Debatte angenommen. Unter Berücksichtigung wurde ein Antrag, die nächste Gaukonferenz in Eisenach abzuhalten, abgelehnt und der Gauleitung die Festlegung des nächsten Tagungsortes überlassen. Ueber eine vom Kollegen Münch (Brotterode) eingebrachte und begründete Entschließung bezüglich der Umgestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die sich auch gegen die Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wandte, wurde gegen eine Stimme zur Tagesordnung übergegangen. Nach Beantwortung einiger anderer Fragen wurde die Konferenz mit einem anfeuernden Schlußwort des Kollegen Schmidt geschlossen.

Leipzig. Die Sektionsversammlung der Leipziger Rauchtakarbeiter eröffnete Kollege Häder. Bei der Stellungnahme zum Reichstarifvertrag wurden die folgenden, von der Sektionsleitung gemachten Vorschläge verlesen: In Anbetracht der verteuerten Lebenshaltung infolge Zoll- und Gütertarifierhöhung wird eine Lohnerhöhung um mindestens 10 Prozent gefordert. Weiter wird gefordert, die Ferien grundsätzlich bei 8 Tagen zu belassen, aber diese in Zukunft nach der Dauer der Branchenzugehörigkeit bis zu 12 Tagen zu erhöhen. Unter Sozialleistungen wird beantragt, einen Passus in den Tarif einzufügen, welcher besagt, daß nach einjähriger Betriebszugehörigkeit jeder Arbeitnehmer bei nachweislich mindestens 14tägiger Krankheit Anspruch auf 3 Tage Arbeitslohn hat. Außerdem verlangen die Rauchtakarbeiter Leipzigs, in die Sonderklasse eingereiht zu werden. Vom Verhandlungsvorstand wird noch gefordert, in Zukunft vor Tarifabschlüssen eine Reichskonferenz für Rauch- und Schnupftabakarbeiter einzuberufen. Hierauf wurden diese Vorschläge begründet und von den Kolleginnen und Kollegen einstimmig angenommen. Mit der Aufforderung, noch alle säumigen und arbeitsstehenden Kolleginnen und Kollegen unserer Organisation zuzuführen, wurde die zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

## Allgemein verbindlich erklärt

hat der Reichsarbeitsminister gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung mit Wirkung vom 1. Juli dieses Jahres die am 16. Mai in Hamburg vereinbarten Aenderungen und die Verlängerung des Reichstarifvertrages für die deutsche Zigarrenherstellung vom 1. Dezember 1927. Die allgemeine Verbindlichkeit der Lohnsätze des Reichstarifvertrages vom 1. Dezember 1927 tritt mit Ablauf außer Kraft.

Ebenso erklärte der Reichsarbeitsminister den 1. Nachtrag, das heißt die Lohnsätze vom 1. Juli 1929 zum allgemein verbindlichen Bezirkstarifvertrag vom 1. Februar 1928 für die Zigarrenherstellung in den Freistaaten Sachsen, Braunschweig und Anhalt, den ehemaligen Ländern Sachsen-Altenburg und beide Neuf sowie in der Provinz Sachsen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Erfurt und in den Kreisen Osterode, Zellerfeld, Marienburg, Hildesheim und Goslar mit Wirkung vom 1. Juli 1929 für allgemein verbindlich. Die allgemeine Verbindlichkeit der Lohnsätze des Bezirkstarifvertrages vom 1. Februar 1928 tritt mit Ablauf der Geltungsdauer außer Kraft.

## Bekanntmachungen

Am 14. September ist der 87. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

30. August, Berlin 1500.—,  
31. Bölgig 200.—, Altenburg 500.—, Wanssen 200.—, Dahme 500.—,  
Hanau 119,35, Gleichen 500.—.  
1. Sept. Trier 400.—.  
2. Brafe 500.—, Neubamm 100.—, Kaiserslautern 300.—, Lahr 200.—, Bünde 600.—.  
3. Celle 50.—, Braunschwalde 150.—, Rostock 250.—, Frankfurt a. M. 50.—, Tairnbach 50.—, Neumarkt 100.—.  
4. Altkußheim 300.—, Lampertheim 300.—, Dresden 3000.—, Elbing 3500.—, Sonneborn 100.—.  
5. Burgdamm 300.—, Northeim 500.—.  
6. Würzburg 400.—, Hanau 400.—, Kottbus 60.—, Nordhausen 1300.—, Nachen 350.—.  
Joh. Krohn.

Gesucht werden:

Ein lediger Zigarrenarbeiter nach Südhannover. Nachfragen bei Gottlieb Ostertag, Altona, Langensfelder Straße 43 II, r.  
Zwanzig ledige gute Zigarrenarbeiter nach dem Freistaat Braunschweig. Nachfragen bei Gottlieb Ostertag, Altona, Langensfelder Straße 43 II, r.

Unserer Tischkollegin  
**Erna Bardelang**  
nebst ihrem Bräutigam  
**Heinrich Günter**  
zu ihrer Verlobung  
ein dreifaches Hoch!  
Die Tischkolleginnen  
der Zahlstelle Kirchhard.

Dieses Spaßchen kost ein Fäßchen!

Unserer lieben Kollegin und Vorsitzenden  
**Frau Maria Schneider**  
zu ihrem **25jährigen** **Verbandsjubiläum** die besten Glückwünsche, zugleich auch Dank für ihre Treue  
**Deutscher Tabakarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Delitzsch



### Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlissene 7,50 M, 9,50 M, beste Sorte 11 M.  
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

**Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)**

### Korbmöbel

sind billig

und behaglich. Meine erstklassigen Ausführungen in den verschiedenen Stilarten liefere ich direkt von der Fabrik. Verlangen Sie Katalog.

**Oberfr. Korbw.-Industrie**  
**Georg Ruff**  
Oberlangensstadt 8  
Post Küps, Bayern

### Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preisl. T 2 gratis. „Medicus“  
Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8

### Amer. beste Bezugsquelle für billig. böhmisch. Bettfedern

1 Pfd. graue, gute, geschlissene 80-85  
1.-M., halbweiße 1.20 M., 1.40 M.,  
weiße flaumige, geschlissene 1.70, 2.-,  
2.50, 3.- M., feinste geschliss. Halb-  
flaum-Herrschafts-Federn 4.-, 5.-,  
6.-, 1 Pfd. Ruppfedern ungeschlissene  
mit Flaum gemengt, halbweiß 1.75 M., weiß 2.40 M.,  
3.- M., allerfeinster Flaumrupf 3.50 M., 4.50 M. Versand  
zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko.  
Umtausch gestattet, für Nichtpass. Geld retour. Muster  
und Preisliste gratis. S. Benisch in Prag XII,  
Amerika ulice Nr. 26/902, Böhmen.



# Soziales Ethos!

Von Henry Schumacher

Ich stehe im Schlafwagen Berlin—Köln. In Charlottenburg steigt eine Mutter mit drei Kindern ein, Typ Berlin W. Die Kinder, etwa zehn- bis zwölfjährige Mädchen, erzählen einander: „Und dann sind wir einmal vierter Klasse gefahren, und da haben wir uns die Arbeiter angeschaut!“

Wir brauchen nicht einmal sozial empfindlich zu sein, um bei dieser harmlos ausgesprochenen Gesinnung aufs tiefste zu erschrecken. Der Abstand zwischen unsern Bevölkerungsschichten kann nicht deutlicher gemacht werden als durch diesen Ausdruck. Arbeiter sind keine Menschen, die sind eine andere Art Lebewesen, die man sich interessiert „anschaut“, wie etwa die wilden Tiere hinter den Gittern in den Käfigen des Zoologischen Gartens! Die Selbstverständlichkeit, mit der diese Meinung ausgesprochen wurde, zeigt, wie tief sie in den vermögenden und sogenannten gebildeten Kreisen verwurzelt ist. Die Kinder sind in diesem Fall das Sprachrohr der Erwachsenen, sie empfinden so, wie es ihnen die Eltern von den ersten Tagen ihres Lebens an einprägen. —

In einer Kleinstadt erzählt die junge Tochter eines reichen Industriellen ihren Freundinnen: „Heute haben wir Gesellschaft. Eingeladen sind: Der Direktor der Oberrealschule X, Studienrat Y, Amtsgerichtsrat Z, na, wißt ihr, so dritte Garnitur!“

Schade nur, daß die „dritte Garnitur“ nicht zu hören bekam, wie man sie in diesen Finanzkreisen wertete. Ob sie dann auch weiterhin scharwenzelt hätte, um Zulatz zu dieser Finanzaristokratie zu erhalten? Auch dieser Ausdruck zeigt wieder den gleichen sozialen Tiefstand. Das Wort von der Brüderlichkeit der Menschen untereinander ist bei den „allerchristlichsten Deutschen“ eine Phrase!

Ich erkundige mich nach der Wäscherei einer Anstalt, in der „gefallene Mädchen“ die Arbeit leisten. Man rühmt die Güte und Billigkeit der Arbeit und betont: „Wenn Sie dorthin Ihre Wäsche geben, tun Sie noch ein gutes Werk damit, die Leute müssen Ihnen dankbar sein.“ Diese Antwort erhalte ich an mehreren Stellen, und sie wird mir von Menschen gegeben, die in sozialer Arbeit stehen. Also: es sind da irgendwo Menschen, die ein schweres Leben hinter sich haben. Sie leisten mir schmutzige, schwere Handarbeit, damit ich imstande bin, in Ruhe geistig zu

arbeiten. Mir geht es wirtschaftlich so, daß ich die Wäschearbeit ausgeben kann. Ich bin also fraglos in einer Vorzugsstellung. Wer hat da dankbar zu sein? Der natürliche Menschenverstand und das soziale Gewissen sagen: „Ich!“ — Die heutige Gesellschaftsordnung behauptet: „Die armen Mädchen!“ Es ist die gleiche Gesellschaftsordnung, die diese Menschen erst schuldig werden läßt, um sie dann ihrer Pein zu überlassen und hinterher durch „Hebung ihrer Sittlichkeit“ sich selbst den Himmel zu verdienen. Mir scheint immer, diese „gefallenen Mädchen“ sind dem Himmelreich näher als die Hochmutseelen unserer Gesellschaft!

Merken wir denn gar nicht mehr, in welcher Selbsttäuschung wir uns befinden, wie verwirrt unsere sittlichen Begriffe sind? Will man nicht mehr natürlich und schlicht gesund empfinden? Man kann es wohl nicht mehr. Das ist der Fluch unseres kapitalistischen Zeitalters. —

Ein Volkskindergarten schließt für die Zeit der Ferien. Die arbeitenden Mütter sind in großen Nöten. Eine Mutter, eine arme Aufwärterin, nimmt Rücksprache mit der Kindergärtnerin:

„Wo soll ich denn meine Kinder lassen? Ich muß doch arbeiten gehen!“

„Nun, dann nehmen Sie die Kinder doch mit!“

„Aber das geht doch nicht, die Leute bedanken sich dafür!“

„Na, dann gehen Sie eben mal nicht arbeiten!“

Kindergärtnerinnen sind Volkserzieherinnen. Sie sollen die Not des Volkes kennen und Verständnis für sie haben. Eigentlich sollte Volksnot gemeinsame Not sein. Aber diese Kindergärtnerin, die sicher stolz auf ihre soziale Arbeit ist, hat keine Spur mitempfindendes Verständnis. Kann eine Arbeitermutter Vertrauen zu einer solchen Volkserzieherin haben? —

Eine Lehrerin sorgt sich um eine erkrankte Schülerin und will ihr eine gründliche ärztliche Behandlung verschaffen. Die Schulleitung aber bedeutet ihr, daß sie sich um die Gesundheit der Schülerinnen nicht zu kümmern habe, daß dies ein Eingriff in die Rechte der Eltern und der Pension bedeute, in der die Schülerin lebe. Aber wenn diese Instanzen versagen? Auch dann nicht, so heißt es!

## Prozeß-Hansel

Von Anton Tschchow

Beim Chordirigenten der Kathedrale Gradussow saß Rechtsanwalt Kalsjakin, die Vorladung des Friedensrichters auf den Namen Gradussows in der Hand, und sprach:

„Sagen Sie, was Sie wollen, Dossifei Petrowitsch, Sie sind schuldig. Ich achte Sie, schätze Ihr Wohlwollen hoch, muß aber nichtsdestoweniger zu meinem Bedauern Ihnen mitteilen, daß Sie Unrecht hatten... Jawohl, Unrecht! Sie haben meinen Klienten Derewjaskin beleidigt... Na, weshalb haben Sie es getan?“

„Welcher Teufel hat ihn beleidigt?“ — ärgerte sich Gradussow, ein hochgewachsener Greis mit einer engen, wenig versprechenden Stirn, buschigen Augenbrauen und einer Bronzemedaille im Knopfloch —, „ich habe ihm nur Moral gepredigt und nichts mehr! Narren muß man belehren! Wenn man Narren nicht belehrt, hat man vor ihnen keine Ruhe!“

„Aber, Dossifei Petrowitsch, Sie haben ihm ja keine Moral gepredigt gehalten, Sie haben, wie er es in seinem Gesuch betont, ihn öffentlich geduzt, Esel, Schweinehund und ähnliches genannt... und sogar die Hand gehoben, als ob Sie ihn noch tatsächlich beleidigen wollten.“

„Wie soll ich ihn nicht hauen, wenn er es verdient? Ich begreife nicht.“

„Aber begreifen Sie doch, daß Sie dazu kein Recht haben!“

„Ich habe kein Recht? Entschuldigen Sie, bitte, das können Sie wem anders erzählen, nicht aber mir. Er hat ja, bevor man ihn aus dem Archiereichor mit Ehren herausgeschmissen, in dem meinigen zehn Jahre gesungen. Ich bin sein Wohltäter, wenn Sie es wissen wollen. Wenn er sich ärgert, daß ich ihn aus

dem Chor herausgeschmissen habe, so ist er allein schuld. Ich habe ihn wegen des Philosophierens weggejagt. Philosophieren darf nur ein Gebildeter, einer, der eine Hochschule besucht hat, und wenn du, Esel, keinen Verstand besitzest, so sitz' im Winkel und schweige!... Schweige und höre, wie kluge Leute reden, er aber pflegte nur zu trachten, etwas loszulassen. Da wird eine Probe oder Messe abgehalten — er erzählt jedoch von verschiedenen Bismarcks und Gladstones... Glauben Sie mir, eine Zeitung hat die Kanaille auch gehalten! Und wie oft habe ich ihm um des russisch-türkischen Krieges willen in die Zähne gegeben. Sie können es sich gar nicht vorstellen! Da, wo zu singen nötig ist, erzählt er den Tendören, daß die Unseren den türkischen Panzerkreuzer „Ljust-Dschelil“ in die Luft gesprengt haben... Ist dies ordnungsgemäß?! Es ist selbstverständlich angenehm, daß die Unseren gesiegt haben; folgt aber daraus, daß man nicht zu singen braucht... Man kann ja sich nach der Messe unterhalten. Ein Schweinepils, mit einem Wort!“

„Sie haben ihn also schon früher beleidigt!“

„Früher pflegte er es ja gar nicht übel zu nehmen. Wußte, daß es ihm von Nutzen war, verstand!... Wußte, daß es sündhaft ist, Älteren und Vorgesetzten zu widersprechen... Wie er aber in der Polizei eine Stelle als Schreiber bekam, da war alles aus, da hörte er zu begreifen auf. „Ach“, quatscht er, „bin jetzt kein Chorist, sondern ein Beamter. Ich werde bald die Kollegienregistratorprüfung ablegen.“ „Du Narr“, sage ich... „Du würdest besser tun, deine Nase öfters zu reinigen, als an Titel zu denken. Bizingigkeit steht dir, — nicht aber Titel! Und er wollte nicht hören! Nehmen wir zum Beispiel den Fall, um dessen willen er mich beim Friedensrichter verklagt hat. Nun, ist er nicht ein Übelstück? Ich sitze in Samopljufjews Gasthaus mit unserem Kirchenältesten und trinke Tee. Es ist wahnsinnig

Wann werden wir soweit sein, daß wir einsehen: der Mensch muß uns immer höher stehen als formale Rechtsanschauungen, als Zuständigkeiten und Konventionen? Wann werden wir Verantwortung empfinden dürfen für den ganzen Gemeinschaftskreis, in dem wir leben? Wann dies soziale Empfinden umsetzen dürfen in soziale Tat? Nur dort ist wahre Gemeinschaft, wo jeder Verantwortung fürs Ganze empfindet, wo man nicht bestimmte Ressorts zur Verantwortung zugewiesen erhält. Bürokratie und soziale Arbeit vertragen sich grundsätzlich nicht miteinander! —

In einer Versammlung des Kollegiums einer privaten Anstalt tritt eine der älteren für die jüngeren Kolleginnen ein und erklärt ihre pekuniäre Lage für unhaltbar. Darauf wird ihr im Tone der moralischen Entrüstung erwidert:

„Jugend muß lernen, Opfer zu bringen. Wir, die älteren, haben früher auch manches entbehren und mit einem noch kleineren Gehalt auskommen müssen!“

Es ist doch eine Unnaßung sondergleichen, von einem geschützten Hafen aus die Notlage der Jugend als ein Mittel der sittlichen Pädagogik hinzustellen! Wie schmerzlich berührt auch hier wieder der Mangel an sozialem Verständnis! Wer nicht imstande ist, die Not der gefährdeten Jugend, die Nöte jüngerer Kolleginnen mitzuempfinden, geschweige denn als Kämpfer für sie einzutreten, der wird das tiefe Elend der proletarischen Bevölkerung und ihr Ringen um bessere Lebenshaltung nie verstehen. Solche Menschen kennen auch die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Sittlichkeit, Wirtschaft und Geistigkeit nicht. —

Wenn Arbeiterwohlfahrt und Kinderfreunde eigene Kindergärten, Horte, Erholungsheime, Fürsorgeeinrichtungen und Anstalten zur Ausbildung von Erzieherinnen, Wohlfahrtspflegerinnen und Fürsorgerinnen, kurzum von Sozialbeamtinnen, gründen und gründen wollen, so ist dies einfach eine Notwendigkeit, wenn wir nämlich verhindern wollen, daß das oben geschilderte „soziale Ethos“ noch weiter um sich greifen und auch Menschen unserer Weltanschauung ergreifen soll. Was uns not tut: die Revolutionierung der Geister, sie wird auf bürgerlichen Anstalten nie erreicht werden. Wir brauchen eine neue Erfüllung des Begriffes „sozial“. Seine ursprüngliche Bedeutung muß wiedererkannt werden. Sozial sein, bedeutet: das Bewußtsein, Mensch zu sein, Glied einer großen Gemeinschaft, der Menschheit. Es ist ein Irrtum, daß uns nur die Mutter geboren habe, daß wir unser Leben nur den Eltern zu verdanken haben. Die Menschheit hat uns in ihrem Schoß getragen, ihr verdanken wir unser geistiges Leben, von ihr kommen uns unsere Gaben und Fähigkeiten, kommen uns unsere Schwächen und Mängel. Wir sind belastet mit der Tradition der Vergangenheit, aber auch erfüllt von ihrer vorwärtsdringenden Kulturkraft. Unsern Bewußtseinsinhalt haben wir mit allen Menschen gemein. Und so sehr wir auch in der Selbständigkeit geistiger Verarbeitung

voll und kein freier Platz. ... Ich blicke um mich, und sieh, auch er sitzt hier mit seinen Schreibern und säuft Bier. ... So ein Beck, die Schnauze hoch, gröhlt ... fuchtelst mit den Händen. ... Ich höre zu — er spricht über die Cholera. ... Nun, was können Sie mit ihm anfangen? Philosophiere ich, wissen Sie, dulde, schweige. ... Schwage, denk ich, Plappermaul. ... Da beginnt zum Unglück das Grammophon zu spielen. ... Gerührt wurde der Lauslieb, erhob sich und spricht zu seinen Freunden: „Laßt uns einen trinken, Kameraden! Ich bin ein treuer Sohn meines Vaterlandes und ein Slajanophile meiner Heimat! Kommt raus, ihr Feinde! Ich will den sehen, der nicht mit mir einstimmt!“ Und läßt die Faust auf den Tisch niedersaufen. Da konnte ich nicht mehr aushalten. ... Trete an ihn heran und sage delikate: „Höre, Ossip. ... wenn du Schweinigel nicht begreiffst, so schweige besser und halte keine Reden. Ein Gebildeter darf kluge Reden halten. Du bist jedoch Staub, Asche. ... Ich sage ihm eins, er mir zehn usw. usw. Ich ihm zu seinem Nutzen, er mir aus angeborener Dummheit. ... Und dünkt sich beleidigt und hat sich jetzt beim Friedensrichter beschwert. ...“

„Ja,“ seufzte Kalsjakin, „schlimm. Um solchen Unsinn wollen ich, der Teufel weiß, was herausgekommen. Sie sind ein achtbarer Mensch mit Familie und nun dieses Gericht, Lügengeschichten, Reden, Inhaftierung. ... Machen Sie dem ein Ende, Dossifet Petrowitsch. Es bleibt Ihnen der eine Ausweg, mit dem auch Derewjaskin einverstanden ist. Sie gehen heute um 6 Uhr mit mir ins Samopljuzjensche Gasthaus, um diese Zeit versammeln sich dort die Schreiber, Schauspieler und die übrigen Gäste, in deren Anwesenheit Sie ihn beleidigt und, was noch schwerwiegender ist, seine lobenswerten Gefühle verdächtigt und sogar ... profaniert haben. In unserer Zeit geht so etwas nicht. Man muß vorsichtiger sein. Ihre Äußerungen kann man

unser Eigenbewußtsein spüren, so sehr wir uns als „ich“ und „du“ unterschieden fühlen — in der Wesenhaftigkeit sind wir eins: wir sind Menschen, in denen Sehnsucht und Liebe, Güte und Haß, Himmel und Hölle lebendig sind!

Wer dies Gleiche in der Wesenheit nicht spürt, nicht als lebendige, aufwühlende Kraft empfindet, der ist nicht sozial. Und der kann auch nicht sozial erziehen! („Frauenstimme“)

## Was bedeuten die Haager Ergebnisse?

Länger als man im Anfang glaubte, haben sich die Reparationsverhandlungen im Haag hingezogen. Des öfteren waren sie nahe daran, zu scheitern. Schließlich siegte doch der allgemein wahrnehmbare Wille, den Krieg zu liquidieren. Mit vereinigten Kräften der im Haag vertretenen Staaten wurde dann der Youngplan, wenigstens formell, in Kraft gesetzt. Damit hatten alle Zwischenlösungen in dieser Frage ein Ende und Abmachungen auf Jahrzehnte hinaus treten an deren Stelle. Dieser weltgeschichtliche Augenblick muß auch in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse ein entsprechendes Echo finden. Liegt doch nun für die deutsche Wirtschaft ein klarer Zustand vor, der es gestattet, auf lange Sicht zu disponieren.

Der Youngplan bringt einschließlich der Haager Abänderungen gegenüber dem bisherigen Zustand folgende Veränderungen: Herabsetzung der jährlichen Zahlungen von 2500 auf 2050 Millionen Mark. In den ersten 10 Jahren ergibt sich gegenüber dem Dawesplan eine Ersparnis von durchschnittlich 740 Mill. Mark je Jahr. Alle Kontrollstellen in Deutschland verschwinden. Sofern ihre Funktionen noch notwendig sind, übernimmt sie die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich. Die Vorhut der Besatzungsarmee wird Mitte September in Marsch gesetzt. Spätestens Ende Juni 1930 soll der letzte fremde Soldat deutsches Gebiet verlassen haben. Die Engländer beginnen als erste mit der Räumung. Die Belgier folgen. Den Reigen beschließen die Franzosen.

Die Streitpunkte der Haager Konferenz lagen auf verschiedenen Gebieten. Der englische Schatzkanzler Snowden wehrte sich mit 80prozentigem Enderfolg gegen den Verteilungsschlüssel des Youngplans. Es hat Mühe gekostet, die Ansprüche der Engländer zu befriedigen. Alle mußten Haare lassen, nicht zuletzt Deutschland. Wir müssen auf einen Anteil des aus dem Uebergangsjahr übriggebliebenen 300-Millionen-Ueberschusses verzichten. Ferner muß Deutschland mit 30 Mill. Mark zu den noch entstehenden Besatzungskosten beitragen. Weiter dürfen Ansprüche für Besatzungsschäden nicht geltend gemacht werden. Schließlich mußte von deutschen Vertretern in eine Erhöhung der ungeschützten Summe von 660 auf rund 700 Millionen Mark eingewilligt werden.

dahin auffassen, daß in unserer Zeit, sozusagen, so etwas, mit einem Wort, nicht ... Es ist gleich dreiviertel sechs. ... Beliebt es Ihnen mit mir zu kommen?“

Gradussow schüttelte energisch sein weißes Haupt. Als ihm jedoch Kalsjakin in den grellsten Farben ausmalte, wie seine Äußerungen aufgefaßt werden und was für verhängnisvolle Folgen sie haben können, kriegte er Angst und willigte ein.

„Sehen Sie zu, daß Sie sich, wie nötig, entschuldigen,“ belehrte ihn der Rechtsanwalt unterwegs. „Treten Sie auf ihn zu und sagen Sie ihm: „Sie entschuldigen... ich nehme meine Worte zurück ... und ähnliches.“

Im Gasthaus fanden Gradussow und Kalsjakin eine ganze Versammlung vor. Hier waren Kaufleute, Polizeischreiber, überhaupt die ganze „Clique“, welche gemohnt war, sich abends im Gasthaus an Tee und Bier gütlich zu tun. Unter den Schreibern war auch Derewjaskin selbst, ein Mensch von unbestimmtem Alter, rasiert, mit großen, nicht zwinkernden Augen und solchen borstigen Haaren, daß man, sie betrachtend, Luft kriegt, Stiefel zu putzen. ... Sein Gesicht war so glücklich geschaffen, daß man auf den ersten Blick feststellen konnte, daß er ein Trunkenbold ist, im Paß singt und dumm ist, aber nicht dermaßen, daß er sich nicht für sehr klug hielte.

Den eintretenden Dirigenten bemerkend, erhob er sich und bewegte, gleich einem Kater, den Schnurrbart. Die augenscheinlich vorbereitete Clique spitzte die Ohren.

„Nun ... Herr Gradussow ist einverstanden,“ sagte Kalsjakin eintretend.

Der Dirigent begrüßte sich mit einigen, schneuzte sich geräuschvoll, errötete und trat an Derewjaskin heran.

„Entschuldigen Sie,“ fing er an zu stottern, und steckte sein



Das sind im wesentlichen die Opfer, die gebracht werden mußten. Sie waren nicht zu umgehen, sollte das ganze Werk nicht gefährdet werden. Dafür konnten aber endgültige Zugeständnisse, vor allem die Befreiung deutscher Lande von fremden Truppen, erreicht werden. Die von den französischen Vertretern geforderte Kontrollkommission wurde von den Deutschen entschieden abgelehnt. So fiel sie in die Versenkung. Geblieben sind die vorgesehenen Maßnahmen des Locarnovertrages, die in ein Schiedsgericht auslaufen oder auf den Völkerbund zurückgehen. Man darf mit einer gewissen Sicherheit darauf rechnen, daß die Abmachungen im Haag zum Ausgangspunkt eines neuen Geschichtsabschnitts in Europa werden. Die drei Großmächte Deutschland, Frankreich und England sind sich im Haag bedeutend nähergekommen. Bleiben in den vorgenannten Ländern die Parteien der Verständigung am Ruder und behält die Arbeiterklasse auch fernerhin genügenden politischen Einfluß, so können sich Bindungen anbahnen, die der wirtschaftlichen Zusammenschlußbewegung Europas einen ungeahnten Schwung verleihen. Die gegenwärtige Sitzung des Völkerkerrats in Genf kann die Plattform abgeben, diesem Ziele ein weites Echo zu verschaffen.

Gehen wir nunmehr zur wirtschaftlichen Betrachtung der Dinge über, so wollen wir es uns keineswegs verhehlen, daß die restlose Erfüllung des Young-Planes schwere Opfer auf lange Zeit hinaus erfordert. Doch was nützt das Klagen. Keine Macht der Welt kann das deutsche Volk von den Verpflichtungen befreien. Wer weiß, was in 20 Jahren für Verhältnisse herrschen. Es gibt Revisionsmöglichkeiten, die auszunutzen spätere Geschlechter sicher nicht veräumen werden. Wichtig ist die wesentliche Entlastung in den ersten 10 Jahren. Dann werden wir weiter sehen. Sind wir doch der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Klasse der Arbeitenden der maßgebende Faktor alles politischen Geschehens in der Zukunft sein wird. Es hieße an der Geschichte der Menschheit verzweifeln, wollten wir annehmen, daß die Teutonen und Bierbankstrategen noch auf Jahre hinaus namhafte Massen in ihren Bann zu ziehen vermögen. Die Nachkriegsgeneration, die von den Schrecken des Krieges und den Irrungen und Wirrungen der letzten 15 Jahre aus eigenem Erleben nichts weiß, wird sich hoffentlich von den Demagogen abwenden, die im kaiserlichen Deutschland Generaldirektorenposten bekleideten, Ministeresseln drückten oder in den warmen Betten gutbezahlter Posten sich reckeln konnten. Dazu ist aber Tatkraft und Aufklärung notwendig.

Hier haben die Leute, die auf den Kommandobrücken der Wirtschaftslotte stehen, ein Examen abzulegen. Gelingt es ihnen, an die Stelle der eiskalten Atmosphäre des Verzagteins einen blutwarmen Odem tatkraftiger Initiative treten zu lassen, dann kann die kapitalistische Wirtschaft heutiger Prägung noch manches Gute leisten. Andernfalls müssen auch hier neue Kräfte heran, um alten Blunder zu beseitigen und weg-

weisend Neues zu schaffen. Versucht man einen Ueberblick wo die Wirkungen der Haager Ergebnisse auf die Wirtschaft zu gewinnen, so ist von einer Umkehr oder von einem lebenspendenden Impuls noch nichts zu merken. Nur die Börse erhielt einen leichten Stoß, der aber allzubald wieder in den Rinnfäden einer beutegierigen Spekulation zerrann. Sonst zeigt der Himmel nur graue Wolken. Von dem berühmten Silberstreifen ist zur Stunde nirgends etwas zu entdecken.

Es ist natürlich reiner Zufall, daß beim Abschluß der Ergebnisse im Haag das Institut für Konjunkturforschung einen Bericht über die Konjunkturlage veröffentlicht, der alles andere nur keinen erfreulichen Ausblick zeigt. Die Herren Wirtschaftsführer scheinen an sich selbst zu verzweifeln. Müde Resignation, wohin man blickt. Man streitet sich um die Arbeitslosenunterstützung. Ein halbes Prozent Beitragserhöhung bringt alles aus dem Häuschen. Wenig wird die Tatsache dabei beachtet, daß in wenigen Monaten mehr als 1½ Millionen Arbeitsuchende wieder in Stellung gebracht werden konnten. Von den jetzt noch vorhandenen 900 000 Arbeitslosen sind viele die Opfer einer Rationalisierung und Maschinisierung der Produktion, die so umfassend und in wenigen Jahren durchgeführt die Bewunderung der ganzen Welt erregt. Doch was schert das alles? Man will die Opfer einer beispiellosen Umstellung sich selbst oder der Allgemeinheit überlassen. Dabei wird wenig beachtet, daß nicht nur Produzenten, sondern auch Konsumenten, dringend notwendige Kaufkraft, ausgeschaltet wurde. Es sieht also mit dem Optimismus unserer Wirtschaftskapitäne anläßlich der endgültigen Liquidierung des Krieges wirklich nicht rosig aus. Das ist ein wenig erfreuliches, aber zugleich auch ein bezeichnendes Merkmal der Zeit.

Der deutsche Wirtschaftsapparat ist intakt. Es ist in der breiten Armee der Hand- und Kopfarbeiter ein Menschenmaterial vorhanden, das erstklassig genannt werden kann. Fehlen tut nur flüssiges Kapital. Und hier läßt sich doch wohl erhoffen, daß die erfolgte Vereinigung der internationalen Verhältnisse wieder ausländisches Kapital anzuziehen vermag. Mit den ausländischen Geldern haben wir unseren Produktionsapparat aufgebaut und leistungsfähig gemacht. Es liegt kein Grund vor, diese Hilfe auch für die weiteren Uebergangsjahre nicht in Anspruch zu nehmen. Bringen die nächsten 10 Jahre die Fortschritte, die in den letzten 5 Jahren erreicht wurden, dann ist Deutschlands Industrie unüberwindlich. Dies aber nur, wenn eine leistungsfähige Produktionsmaschinerie mit genügender Kaufkraft untermauert ist, d. h. die massenhaft erzeugten Produkte abfließen können. Wenn es hieran liegt, so wird es an Druck der Gewerkschaften sicher nicht fehlen. Der Krieg ist nach 15jähriger Dauer beendet worden. Nun laßt uns an die Arbeit gehen, damit uns unsere Kinder nicht der Unschlüssigkeit und Verzagttheit ziehen können.

Taschentuch, ihn nicht anblickend, in die Tasche. „Ich nehme in Anwesenheit der ganzen Gesellschaft mein Wort zurück.“

„Es sei Ihnen vergeben!“ erklang der Baß Derewjaskins, der sich siegesfreudig niederlegte. „Ich bin zufriedengestellt! Herr Rechtsanwalt, ich bitte Sie, meine Angelegenheit als erledigt zu betrachten.“

„Ich bitte um Entschuldigung,“ setzte Gradussow fort. „Entschuldigen Sie... ich scheue Unannehmlichkeiten... Willst du, ich soll zu dir „Sie“ sagen, bitte, ich bin's bereit... willst du, ich soll dich für klug halten, ich bin's zufrieden... Ich pfeife darauf... Ich, Bruder, bin nicht nachträglich. Zum Henker mit dir!“

„Erlauben Sie! Sie sollen ja um Verzeihung bitten und nicht schimpfen.“

„Wie, ich soll mich nochmals entschuldigen?! Bitte schön! Ich habe Ihnen nur aus Vergeßlichkeit nicht „Sie“ gesagt. Was? Ich soll kniefällig um Verzeihung winseln! Ich bitte dich darum und danke Gott, daß er dir soviel Verstand gegeben hat, die Angelegenheit ruhen zu lassen. Ich habe keine Zeit, mich auf Gerichten herumzutreiben... Ich stand zeitlebens noch vor keinem Gerichte, und werde es auch nicht, dir, d. h. Ihnen rate ich es auch nicht...“

„Selbstverständlich! Wollen wir nicht die Friedensratifizierung begießen?“

„Weinetwegen!... Du bist Bruder Ossip, nichtsdestomenger ein gewaltiger Schweinehund... Ich mein's nicht als Schimpfwort, sondern... zum Beispiel... Ein Schweinehund und nichts anderes! Weißt du noch, wie du dich zu meinen Füßen wälztest, als man dich aus dem Archijereichor herausgeprügelt hat? Was? Und du magst es, einen Wohltäter anzuklagen? Du undankbarer Halunke. Und schämst du dich nicht mal?“

„Erlauben Sie, das kommt ja wieder auf Grobheiten und Schimpfereien heraus!“

„Was für Schimpfereien? Ich belehre dich ja nur... Wir haben Frieden geschlossen, und ich sage dir zum letztenmal, mich herumzuschimpfen denke ich nicht... Ich will mit dir übrigens nichts zu schaffen haben, nachdem du mich, deinen Wohltäter, beleidigt hast. Hol' dich der Teufel! Kein Wort rede ich mehr mit dir! Und wenn ich dich soeben unverhofft Schweinehund genannt habe, so beruht dies auf Wahrheit. Bist nichts anderes als ein Schwein! Statt dein Lebenlang für deinen Wohltäter zu beten, dafür, daß er dich zehn Jahre gefüttert und dir die Notizen eingetrichtert hat, strengst eine dumme Klage an und schickst mir Teufel von Rechtsanwälten auf den Hals.“

„Erlauben Sie, Dissipei Petrowitsch,“ bemerkte Kaljakin beleidigt, „nicht Teufel waren bei Ihnen, sondern ich!... Etwas vorsichtiger, wenn ich bitten darf!“

„Als ob ich etwas über Sie sage? Kommen Sie meinetwegen täglich, stundenlang. Es wundert mich bloß, wie Sie Ihr Studium beendet, Bildung erhalten und, statt diesen Truthahn zu belehren, seine Partei halten? Ich hätte ihn an Ihrer Stelle im Zuchthaus verfaulen lassen! Und nun, weshalb seid ihr böse? Ich habe mich ja entschuldigt. Was wollt Ihr noch mehr von mir? Ich begreife nicht! Meine Herrschaften, ich rufe Sie zum Zeugen an, daß ich mich entschuldigt habe, noch einmal gedenke ich mich vor keinem Esel zu entschuldigen!“

„Sie sind selbst ein Esel!“, gurgelte Ossip und schlug sich ganz empört auf die Brust.

„Ich ein Esel? Ich? Und du kannst mir so was sagen?...“ Gradussow verfärbte sich und begann am ganzen Körper zu zittern...

„Und du hast es gewagt? Hier hast du!... Und abgesehen

# Reichsmietertag in Eisenach

Der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) hielt am 24. und 25. August in Eisenach seine diesjährige Tagung ab. Den Vertretersitzungen waren am 21., 22. und 23. August Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes, des Gesamtvorstandes, des Beirates und des Schlichtungsausschusses vorangegangen. Die thüringische Staatsregierung und die Stadt Eisenach hatten Vertreter entsandt. Außerdem waren die großen gewerkschaftlichen Organisationen, ADGB, AfA-Bund, Vbd. soz. Baubetriebe, die Dewog, die Sozialdemokratische Partei und der Bund Deutscher Bodenreformer vertreten.

In der geschlossenen Tagung am 24. August wurde der Geschäfts- und der Rassenbericht erstattet, an den sich eine rege Aussprache angeschlossen. Zur Vorbereitung der Beschlussfassungen usw. wurden mehrere Ausschüsse eingesetzt.

Am 25. August wurde vormittags eine öffentliche Tagung abgehalten, in welcher der Bundesvorsitzende Volkswirt R.D.V. Dzierzk (Berlin) über die „Forderungen der deutschen Mieterschaft“ und der Bundeschatzmeister Grothaus (Berlin) über „Das soziale Miet- und Wohnrecht“ referierten. In der darauf folgenden geschlossenen Tagung wurden die mieterpolitischen Anträge auf Grund des Berichtes des Antragsausschusses eingehend besprochen und eine Anzahl Entschlüsse angenommen. Ferner kamen die Anträge zur Sagung und die übrigen Anträge zur Erledigung.

In der Vorstandswahl wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung auf Antrag des Bundesbeirates durch Zuruf wiedergewählt. Den engeren Vorstand bilden: Dzierzk (Berlin), Vorsitzender; Grothaus (Berlin), Schatzmeister; Uffel (Magdeburg), Schriftführer.

Der Mietertag forderte, statt der Hauszinssteuer eine für das Reich einheitliche Wohnungsbausteuer zu schaffen. Diese ist nach dem Maßstabe der Einkommensteuer und mit dieser zu erheben und nur für den Bau von Wohnungen und zur Senkung der Neubaumieten zu verwenden.

Solange die Hauszinssteuer noch erhoben wird, ist sie restlos für die Zwecke des kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsneubaues zu verwenden. Der Bau von Wohnungen für kinderreiche Familien ist in erster Linie zu fördern.

Die Neubaumiete ist durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch hinreichende Hypothekengewährung aus Hauszinssteuermitteln und durch Zinszuschüsse aus öffentlichen Mitteln bis auf die Höhe der gesetzlichen Miete zu senken.

Weiter verlangte der Mietertag die Schaffung eines Sozialen Miet- und Wohnrechtes. Dieses soll als zwingendes Recht auf der Grundlage des Mieterschutzgesetzes, des Reichsmietengesetzes, des Wohnungsmangelgesetzes und der entsprechenden Bestimmungen des BGB. zu einem einheitlichen, sozialen Recht

gestaltet werden, das für Alt- wie Neubauten Geltung hat. Solange das soziale Miet- und Wohnrecht nicht geschaffen ist, darf ein weiterer Abbau des Mieterschutzes nicht erfolgen. Den Ländern ist die Ermächtigung zu entziehen, weitere Lockerungen durchzuführen.

Die baldige Vorlegung und Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes nach den Beschlüssen des Ständigen Ausschusses für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium wurde ebenfalls für notwendig gehalten, damit die Gemeinden endlich in die Lage versetzt werden, Bodenvorratswirtschaft und eine gesunde Wohnungsbaupolitik zu betreiben.

Der vom Reichsarbeitsminister aufgestellte Entwurf von Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen wurde als ein wichtiger Schritt zur weiteren Förderung des Wohnungsneubaues bezeichnet. Vom Reichstag wird erwartet, daß dieser den Entwurf nach den Beschlüssen eines Wohnungsausschusses annimmt, und von der Reichsregierung, daß diese mit allen Mitteln die Durchführung der Reichsrichtlinien seitens der Länder überwacht. Der Inhalt der Reichsrichtlinien soll aber durch ein Reichsgesetz für die Länderregierungen bindend werden.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat sitzen seit über zehn Jahren als Vertreter der deutschen Mieterschaft zwei vom Deutschen Städtetag benannte Oberbürgermeister. Im Hinblick auf die Bedeutung der Wohnungswirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft fordert der Mietertag erneut die Berufung eines Vertreters des Reichsbundes Deutscher Mieter als ständiges Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

An die deutsche Mieterschaft richtete der Mietertag den dringenden Aufruf, sich zur Verteidigung des stark bedrohten Mieterschutzes, zur Abwendung der unmittelbar drohenden Mieterhöhungen und zur Schaffung eines zeitgemäßen Miet- und Wohnrechtes im Reichsbund Deutscher Mieter zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen.

An die Gewerkschaften und die sozial gerichteten Organisationen richteten die Vertreter den Appell, gemeinsam mit dem Reichsbund Deutscher Mieter die zur Durchsetzung der Mieterforderungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Arbeitsfreudigkeit und Verantwortlichkeitsbewußtsein sowie der feste Wille, der deutschen Mieterschaft zu einem zeitgemäßen sozialen Miet- und Wohnrecht zu verhelfen, waren der Grundzug der ganzen Tagung. Dementsprechend hatte man auch am Schluß der Tagung allerseits die Genugtuung, daß nicht etwa aus Mangel an Zeit wichtige Fragen unerörtert geblieben wären, sondern daß gründliche Arbeit von dauerndem Wert geleistet worden ist.

Die Beschlüsse des Reichsmietertages von Eisenach sind nicht nur Richtlinien für den Vorstand, sondern sie sind darüber hinaus ein Programm für die gesamte deutsche Mieterschaft. Der nächste Reichsmietertag soll 1930 in Braunschweig stattfinden.

davon, daß ich dir Salunkin eine Ohrfeige versetzt habe, werd' ich dich beim Friedensrichter verklagen. Ich werde dir zeigen, was beleidigen heißt! Meine Herrschaften, ich rufe Sie zu Zeugen an! Herr Polizeisergeant, was stehen Sie da und schauen zu? Ihr Gehalt bekommen Sie, wie es aber heißt, auf Ordnung sehen, da sind Sie nicht da! Wie? Sie glauben, ich werde für Sie keinen Richter finden?"

Zu Graduffow trat der Polizeisergeant heran und — der Tanz begann. ...

Nach einer Woche stand Graduffow vor dem Friedensrichter wegen Beleidigung Deremjaskhins, des Rechtsanwaltes und des Sergeanten in Ausübung seines Dienstes. Anfangs begriff er gar nicht, ob er Kläger oder Angeklagter sei, als aber der Friedensrichter ihn unter Zubilligung mildernder Umstände zu zweimonatlichem Arrest verurteilte, lächelte er bitter und brummte:

„Hm, ich werde beleidigt und muß nun sitzen! Wundert mich wirklich! ... Herr Friedensrichter, man muß nach Gesetzen urteilen und nicht klügelnd. Ihre Mutter, Barbara Sergejewna, Gott hab' sie selig, ließ Leute wie Ossip verprügeln, Sie aber begünstigen sie. ... Was wird dabei herauskommen? Sie werden diesen Schelmen Recht geben, so wird's ein anderer auch. Bei wem soll man sich alsdann beschweren?“

„Gegen das Urteil kann binnen zweier Wochen protestiert werden ... und bitte nicht zu rasonieren! Sie können gehen!“

„Natürlich. ... Mit dem Gehalt allein kann man nicht leben,“ erwiderte Graduffow augenzwinkernd. „Unwillkürlich bringt man Unschuldige in die Tinte, wenn man essen will! Geld? ...“

„Waas?“

„Nichts. ... Ich meine nur Pinke-pinke. ... Sie denken, daß, wenn Sie eine goldene Kette tragen, es für Sie kein Gericht

gibt? Seien Sie ganz ruhig. ... Ich werde Sie schon ins Reine bringen!“ Dank der Einnischung des Protojerijis gelang es, den Rechtsfall „Beleidigung des Friedensrichters“ im Keim zu ersticken.

Seine Angelegenheit dem Appellhof übergebend, war Graduffow überzeugt, daß das Gericht ihm nicht nur recht geben, sondern sogar Ossip einkerhern werde. Vor Gericht stehend, betrug er sich zurückhaltend, friedfertig und ließ keine unnützen Worte fallen. Nur als der Vorsitzende ihn sich zu setzen bat, antwortete er beleidigt: „Ist es denn im Gesetz geschrieben, daß der Dirigent neben seinem Choristen sitzt?“

Als aber der Appellhof das Urteil des Friedensrichters bestätigte, zwinkerte er mit den Augen. ...

„Wie? Was?“, fragte er, „wie soll ich's verstehen? Wie bitte?“

„Der Appellhof bestätigt das vom Friedensrichter gefällte Urteil. Wenn Sie unzufrieden sind, beschweren Sie sich beim Senat.“

„So. ... Ich danke, Euer Gnaden, für's schnelle und gerechte Urteil. Es ist ja klar, mit dem Gehalt allein kann man nicht leben, ich begreife, nichtsdestoweniger bitte ich, mich zu entschuldigen, wenn ich für Sie ein nicht käufliches Gericht ausfindig mache. ...“

Ich verzichte, alles wiederzugeben, was Graduffow dem Appellhof gesagt hat. Augenblicklich steht er wegen Beleidigung des Appellhofs vor Gericht und will nicht hören, wenn ihm Bekannte sagen, daß er unrecht hat. Er glaubt früher oder später seine Unschuld zu beweisen und für seine Aufdeckungen und Enthüllungen Dank zu ernten.

„Mit diesem Idioten ist nichts zu machen!“, gestikuliert sein Kirckenältester hoffnungslos. „Er begreift ja nicht! ...“